

das so theoretisch nicht etwa gleich durchkommt, stimmt meine Option in der Tendenz mit dem überein, was sowieso unmittelbar getan werden muß: Es geht um die Befriedigung der Grundbedürfnisse und der entsprechenden Nachfrage auf dem Binnenmarkt, und es geht um die sofortige spürbare Verschönerung des Alltagslebens auf den verschiedensten Feldern. Das muß der Ausgangspunkt der Wirtschaftspolitik aber nicht nur jetzt sein als Notmaßnahme, sondern das muß er bleiben. Hören wir doch erst einmal auf, all die schönen Sachen, die wir produzieren, zu exportieren, damit der Erlös dann verpulvert werden kann. Keine Bevölkerungskredite mehr für die alte Art Wirtschaftsführung. Und was den Umweltschutz betrifft, es gibt Produktionen, die gestoppt werden können, jetzt, ohne daß alles zusammenbricht. (. . .)

Ihr werdet sagen, wir sitzen so fest, da geht einfach gar nichts mehr. Aber ich denke, das hängt von einer veränderten Gesamtperspektive ab, ob sich nicht doch bis in die Rechnung hinein bestimmte Sachen dann ganz anders darstellen und ob nicht andere Sachen unter dem neuen Blickwinkel als möglich erscheinen. Da wird sich viel mehr rechnen, als man auf Antrieb denkt. Besonders, wenn wir mit einer veränderten Reaktion der Partner draußen auf eine veränderte oder vielmehr auch überhaupt eine eigene Konzeption dann rechnen können.

Es gibt in der Bundesrepublik bis hinein in höchste Finanz- und Industriekreise neben der Profitgier doch auch eine gewisse Hoffnung auf Beispiele einer ökologischen Wende hin. Diese Kreise haben wahrhaftig Selbstbewußtsein genug, um nicht gleich alles erdrücken zu wollen, was nach einer anderen als der kapitalistischen Ordnung aussieht.

Welche Art Beratung wünschen wir uns denn? Wissen wir es? Wollen wir von uns irgendwohin, oder warten wir darauf, daß sie es uns sagen? Was für Menschen, was für Kapital, was für ausländische Strukturen ziehen wir besonders an? Und für welche auf andere Art zum gemeinsamen Vorteil gereichenden Zwecke? Es ist eine psychische Deformation unserer Leute, wenn sie mit Schalck-Golodkowski glauben, drüben zähle nur Geldmachen. Angesichts der ökologischen Krise rebelliert in so manchem Unternehmer der Mensch, und man kann halt auf verschiedene Weise Geld machen, sucht auch nicht in jedem Fall gleich den Höchstprofit.

Es gibt zum Beispiel ein ausgedehntes Stiftungswesen. Nur wenn wir nicht wissen, was wir wollen, hat das einströmende Kapital noch nicht einmal die Konzeption nötig, es ist einfach eine Konzeption und arbeitet dann heute direkt oder indirekt spontan in Richtung Weltzerstörung. Das ist uns doch eigentlich klar. (. . .)

Westdeutschland kann uns auch bei dieser Strategie helfen, kann uns mit dem Reparationsausgleich, wenn wir ihn denn schon fordern, von dem Schuldendruck entlasten, zumindest zeitweilig. Das können wir mit einer ökologischen Wende, die zugleich an die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung anknüpft und auch drüben Resonanz ausübt, einwerben. (. . .)

Die Chance „offener deutscher Zweistaatlichkeit“

Thesen einer Arbeitsgruppe des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW, Berlin [DDR]), vom Dezember 1989 (Wortlaut)

1. Der Weg der konsequenten Erneuerung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, aufbauend auf der gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Interessengruppen, auf einer freien selbstbestimmten Entwicklung des Menschen, ist der Weg zur Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes der DDR.

Mit freien, gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlen in der DDR, mit der Schaffung einer neuen, durch das Volk angenommenen Verfassung wird die Legitimation der DDR als demokrati-

scher und souveräner deutscher Staat auf eine neue Grundlage gestellt. Verbunden mit ehrlicher und angestrenzter Arbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist dies der einzige Weg zur Sicherung der Existenz der DDR; es ist zugleich der einzige Weg, eine auf Frieden nach innen und außen, auf der Freiheit des einzelnen, mit der die Freiheit des Mitbürgers nicht eingeschränkt wird, auf Wirtschaftsdemokratie und hoher Leistungsfähigkeit, die nicht zu Lasten der sozialen Sicherheit geht, auf realer Mitmenschlichkeit, die Kinderfreundlichkeit, weite Entwicklungsräume für die Jugend und die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Frauen einschließt, beruhende gesellschaftliche Alternative zur Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln. Mit einer solchen selbstbestimmten Entwicklung wird die über Jahrzehnte erduldeten innere Bevormundung beendet. Sie will und darf durch keine äußere Bevormundung ersetzt werden. Das Volk der DDR will sich durch andere Völker und Staaten in seiner selbstbestimmten Entwicklung respektiert sehen.

2. Die DDR steht vor der doppelten Aufgabe, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes in diesem Sinne zu verwirklichen und zugleich die Beziehungen zur BRD als dem anderen deutschen Staat, seinem unmittelbaren westlichen Nachbarn und Koexistenzpartner, in qualitativ neuer Weise zu entwickeln. Es geht darum, in den Fragen des Friedens, der Abrüstung, der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit, bei der Gestaltung der humanitären Beziehungen, faktisch also auf allen Gebieten staatlichen Zusammenwirkens zu einer qualifizierten Partnerschaft zu gelangen, die in ihrem Inhalt sowie in der Art und Weise ihrer institutionellen Ausgestaltung sowohl über das bisher miteinander Erreichte als auch über das hinausgeht, was in den Beziehungen zwischen souveränen Staaten als Normalfall betrachtet wird.

3. Dabei ist von zwei grundlegenden objektiven Bedingungen auszugehen:

Erstens: Es bestehen heute zwei Staaten deutscher Nation. Das ist eine historische Realität. Die Theorie von zwei sich entwickelnden unterschiedlichen Nationen entsprang einer politisch-ideologisch motivierten Abgrenzung und der Überbetonung sich herausbildender Unterschiede im realen gesellschaftlichen Leben der beiden deutschen Staaten. Langlebige nationale Gemeinsamkeiten verfielen einer Mißachtung. Die konstitutive Wirkung staatlicher Entwicklung auf einer bestimmten sozialpolitischen Grundlage wurde einseitig in den Vordergrund gerückt. Die genaue Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die sich innerhalb und zwischen der DDR und der BRD und ihren Menschen herausbildeten, muß erst noch erbracht werden. Sie muß auch die deformierende Wirkung des administrativ-bürokratischen Sozialismus auf die nationale Entwicklung in der DDR berücksichtigen.

Realität ist aber auch die Zweistaatlichkeit, die sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges, der Überwindung des Faschismus und der Nachkriegsentwicklung herausbildete. Diese Realität ist Teil der Architektur europäischer Sicherheit, wie sie in den KSZE-Dokumenten anerkannt ist. Sie verlangt vorbehaltlose Anerkennung auch durch diejenigen, die in der BRD politische Verantwortung tragen. Zu unterstützen ist deshalb die Erklärung von Persönlichkeiten beider deutscher Staaten, die Chance einer „offenen deutschen Zweistaatlichkeit ohne den Wahn der Obhut oder Aufsichtspflicht des einen über den anderen“ für die Entwicklung normaler Beziehungen zu erkennen.

Zweitens: Die Existenz von zwei deutschen Staaten und berechenbare und gute Beziehungen zwischen ihnen als Voraussetzung für Stabilität und Frieden in Europa gilt heute in neuer Weise. Auf der Tagesordnung steht die Annäherung Europas und Überwindung seiner Spaltung im Sinne einer allseitigen Zusammenarbeit, nicht die Überwindung unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen. In diesem Sinne muß die Gestaltung der Einheit Europas mit der Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten konform gehen. Für unser Land gilt deshalb: Als Staat im Zentrum Europas, auch als sozialistischer Staat, haben wir nur eine Chance, wenn wir uns in den Weg zur Überwindung der Teilung Europas aktiv und kooperativ einordnen. In den langen Jahren der Konfrontation hatte die DDR eine stabilisierende Funktion als Eckpfeiler des europäischen Friedens. Heute stehen wir am Beginn einer neuen Ära, entwickelt sich ein anderes Europa. In ihm gibt es keinen Platz mehr für Sperrriegel, in ihm hat die DDR einen Platz nur als dynamischer

Dokumente zum Zeitgeschehen

Baustein eines gemeinsamen europäischen Hauses, in dem souveräne Staaten unterschiedlicher politischer Ordnung gleichberechtigt, freizügig, ja auch großzügig und tolerant zusammenwirken. Nur eine sich erneuernde DDR paßt in dieses Europa, denn es soll in der Perspektive ein entmilitarisiertes, demokratisches, humanistisches und ökologisch vernünftig gestaltetes Europa werden.

In diesem Sinne stehen Prozesse der Erneuerung in spezifischer Weise auch für andere Staaten in Europa, nicht zuletzt für die BRD.

4. In welche Richtung sollten sich die Beziehungen von DDR und BRD künftig entwickeln? Zweifellos stehen hier kurz-, mittel- und langfristige Aspekte zur Diskussion. Die Entscheidung über die Entwicklungsrichtung wie auch über die konkret zu lösenden Probleme wird von einer ganzen Anzahl häufig widerstreitender Interessen beeinflusst. Selbstverständlich müssen wir uns von den Interessen unseres Volkes leiten lassen, die einen Ausverkauf und eine Einverleibung verbieten. Gleichzeitig gibt es legitime Interessen der BRD, die hinsichtlich der Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen bestehen. Von größter Bedeutung sind die mit historischen Erfahrungen verknüpften existentiellen Interessen der Nachbarn beider deutscher Staaten, die Interessen der vier Mächte und ganz allgemein die Erfordernisse von Sicherheit und Stabilität in Europa.

In den politischen Parteien und Bewegungen der DDR werden die Vorstellungen über die Perspektive des Verhältnisses beider deutscher Staaten zueinander lebhaft diskutiert. Es bestehen übereinstimmende, aber auch zahlreiche unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Meinungen. Dies alles berücksichtigend, gehen wir im Konsens mit einer Mehrheit gesellschaftlicher Kräfte in der DDR und auch des deutlich zum Ausdruck gebrachten politischen Interesses der Nachbarn der beiden deutschen Staaten davon aus, daß nicht ein als Wiedervereinigung getarnter Anschluß auf der Tagesordnung der Geschichte steht, sondern ein Normalisierungsprozeß neuer Qualität zwischen der DDR und der BRD. Die Vereinigung von DDR und BRD ist keine Frage der aktuellen Politik. Der Versuch, sie künstlich zu beschleunigen oder sie als Wahlkampfmunition zu nutzen, könnte den ohnehin komplizierten Prozeß der Entwicklung zu einer neuen europäischen Friedensordnung äußerst negativ beeinflussen.

5. Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung der Beziehungen sind die beiderseitigen Interessen und europäischen Verpflichtungen, die im Wesen unserer Verantwortungsgemeinschaft angelegt sind - die Gewährleistung eines stabilen Friedens in der Mitte Europas und Ergebnisse für die Menschen.

Sowohl im Angebot der Regierung der DDR wie auch im 10-Punkte-Plan des BRD-Kanzlers Kohl wurde in diesem Zusammenhang auf eine Vertragsgemeinschaft beider deutscher Staaten orientiert. Vertragsgemeinschaft bedeutet in diesem Sinne, daß sich beide Staaten in ihren gegenwärtigen Grenzen und mit ihrer Bündniszugehörigkeit gegenseitig respektieren und ein möglichst enges Geflecht vertraglicher und institutioneller Zusammenarbeit zweier souveräner Staaten anstreben.

Auf eine solche Wegweisung haben sich Ministerpräsident Modrow und Bundeskanzler Kohl bei ihrer Begegnung am 19. 12. 1989 in Dresden geeinigt. Sie bekundeten die gemeinsame Absicht, in Verhandlungen über den formellen Abschluß einer Vertragsgemeinschaft einzutreten, um sie noch im Laufe des Frühjahres 1990 unterzeichnen zu können.

6. Wenn eine Vertragsgemeinschaft von der Berücksichtigung der genannten Bedingungen und Interessen ausgeht, wenn sie vor allem jeglichen Bestrebungen nach Grenzveränderungen eine klare Absage erteilt, dann könnte ihr konkreter Inhalt folgende Elemente umfassen:

- den vielseitigen Ausbau der völkerrechtlichen Beziehungen spezifischer Art zwischen zwei Staaten einer Nation; Herstellung ständiger Formen und Ebenen konsultativer Kontakte zwischen den Regierungen, den Parlamenten, Fraktionen, Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen, auch auf regionaler Ebene, eingeschlossen die lebendige Gestaltung der Städtepartnerschaften im Interesse ihrer Bürger.

Dokumente zum Zeitgeschehen

- Fortsetzung und vertragliche Regelung vielfältiger ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Beziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten, Betrieben, Unternehmen, Institutionen.
- flankiert durch den Abschluß entsprechender staatlicher Abkommen und die Bildung gemeinsamer Ausschüsse und Kommissionen, wobei der in Dresden schon vereinbarte Gemeinsame Wirtschaftsausschuß DDR-BRD eine zentrale Rolle spielen sollte. Von großer Bedeutung wäre eine institutionalisierte Regelung der Währungs- und Finanzbeziehungen, z. B. zwischen den Zentralbankeinrichtungen beider Staaten.
- Vertiefung der Vertragsbeziehungen zu einer langfristig geregelten Abstimmung der Vorhaben und Investitionen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Gestaltung einer echten ökologischen Sicherheitspartnerschaft.
- Regelung von allseits interessierenden Fragen des mitteleuropäischen Eisenbahntransits, des Binnenschiffsverkehrs, des Telefonverkehrs, des Straßenwesens und der Entwicklung des Energieverbundes.
- Institutionelle Regelungen in den Bereichen Kultur, Gesundheitswesen, Medien, Tourismus und auf vielen anderen Gebieten.

7. Die Vertragsgemeinschaft sollte ihre Priorität und höchste Pflicht darin sehen, im Geiste des KSZE-Prozesses einen verantwortlichen Beitrag beider deutscher Staaten zur Entspannung und Abrüstung zu leisten. Dies schloße ein, seitens der DDR und der BRD substantielle Beiträge zur schrittweisen Herbeiführung wechselseitiger Nichtangriffsfähigkeit zu leisten, für eine wesentliche Reduzierung nuklearer Waffen in beiden deutschen Staaten einzutreten und eine wesentliche Reduzierung der konventionellen Bewaffnung, eine Reduzierung der Personalstärken der Bundeswehr und der NVA vorzunehmen. Die Planungen für einen Ersatz der Lance-Raketen sollten endgültig eingestellt werden. Von hohem praktischen und noch höherem symbolischen Wert wäre ein deutsch-deutscher Abrüstungsfonds.

Dabei ist davon auszugehen, daß die beiderseitige Bündniszugehörigkeit und Bündnisverpflichtung respektiert wird und die bestehenden Bündnisssysteme immer mehr ihren politischen Charakter ausbauen, einen stabilen Rahmen für die Wandlungs- und Erneuerungsprozesse in Europa darstellen und sich Schritt für Schritt bündnisüberwölbende Sicherheits- und Kooperationsstrukturen herausbilden, in die sich die Beziehungen der beiden deutschen Staaten einbetten.

Eine solche mittelfristige Perspektive verlangt, alle notwendigen Voraussetzungen, einschließlich juristischer, innerhalb beider Staaten zu treffen. Dabei soll und muß auch Berlin (West) in Regelungen einer Vertragsgemeinschaft einbezogen werden. Die Beziehungen zwischen der Hauptstadt der DDR und Berlin (West) könnten ein Modellfeld vertraglicher Beziehungen und die bereits erfolgte Bildung sowie der Ausbau eines Regionalausschusses die institutionelle Form dafür sein.

8. Eine Vertragsgemeinschaft dieser Gestalt nimmt wesentliche Elemente konföderativer Strukturen in sich auf und kann sie schrittweise, den eigenen Erfahrungen und dem Entwicklungsprozeß der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit entsprechend, weiterentwickeln.

Dabei wäre - auch unter Berücksichtigung der Interessen aller europäischen Staaten - ein weiterführender Weg der Entwicklung zu einer Konföderation der zwei Staaten deutscher Nation zu prüfen. Sie könnten damit den nationalen Besonderheiten ihrer Beziehungen Rechnung tragen, die weder die völkerrechtliche Natur ihrer Vertragsgrundlagen noch ihre unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen in Frage stellt.

In einer möglichen völkerrechtlich begründeten Konföderation zwischen der DDR und der BRD würde jeder der beiden deutschen Staaten souveränes Völkerrechtssubjekt mit eigener Staatshoheit und eigener Regierung sein und bleiben. Allerdings könnten gemeinsame Komitees oder Kommissionen, ein System regelmäßiger Kontakte und Konsultationen einen hohen Grad der Kooperation und der wechselseitigen Interdependenz gewährleisten. Eine solche Konföderation

wäre keine unmittelbare Tagesaufgabe, wengleich eine Vertragsgemeinschaft deren Ansätze enthalten könnte.

Die Herausbildung einer Konföderation könnte nur innerhalb eines gesamteuropäischen Rahmens, im Prozeß der Errichtung des europäischen Hauses erfolgen, unter Wahrung der Zweistaatlichkeit als Faktor europäischer Sicherheit. Deutsch-deutsche Alleingänge würden Zweifel und Mißtrauen bei den europäischen Nachbarn wecken. Alle Ansätze für eine Konföderation, wenn sie lediglich als kurzzeitige Zwischenstufe für den alsbaldigen Anschluß der DDR zu den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der BRD anvisiert werden, sind unakzeptabel. Dies wäre nichts anderes als eine zeitgemäße Version der Anschlußpolitik. Dabei übersehen wir nicht, daß auch andere interessante Konzepte hierzu von Parteien und Vereinigungen in der DDR, aber auch in der BRD, so in der SPD, entwickelt werden, deren grundsätzlicher Erörterung nichts im Wege stehen sollte.

9. Der Ausbau einer Vertragsgemeinschaft und der mögliche Weg zu einer Konföderation könnten ein geschichtlicher Beitrag der DDR und der BRD zur schrittweisen Schaffung einer europäischen Friedensordnung sein und von diesem Prozeß selbst wichtige Impulse erhalten.

Ein solches Europa - weitgehend entmilitarisiert, gekennzeichnet durch Angriffsunfähigkeit seiner Staaten und durch Sicherheitspartnerschaft, durch freien Verkehr der Menschen und allseitige Zusammenarbeit - wird die Frage des Verhältnisses der Staaten und Völker zueinander neu stellen. Und dies gilt dann auch für beide deutschen Staaten. Sie müssen sich für die geschichtliche Entwicklung offen zeigen.

Ausführungen des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse zur Deutschen Frage

**Rede vor dem Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments in Brüssel
am 19. Dezember 1989 (Auszug)**

(. . .) Wir sind für die weitere friedliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD auf den Grundlagen der Achtung der Gleichheit und der Souveränität der beiden deutschen Staaten. Was die Zukunft angeht, so wird sie im Verlauf der Geschichte im Rahmen der Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses entschieden.

Die Position ist klar, unzweideutig und erschöpfend. In ihrem Grenzbereich möchte ich ein wenig laut nachdenken.

Die heutigen Ereignisse finden unter den Bedingungen der realen Existenz zweier deutscher Staaten statt, die von der ganzen Welt anerkannt sind und sich in dieser Art auch selbst anerkennen.

Sie finden zu Bedingungen statt, unter denen diese beiden Staaten nicht nur verschiedenen, sondern auch sich gegenüberstehenden militärisch-politischen Bündnissen angehören.

In der Zukunft wird die Notwendigkeit der Existenz dieser Bündnisse entfallen, aber der Weg zu diesem Ziel wird nicht leicht sein. Er setzt eine tiefgreifende Veränderung in den Beziehungen zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag sowie die Veränderung der Art dieser Organisationen selbst voraus.

Auch der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, der 1972 unterzeichnet wurde und unbefristet ist, sieht nicht zufällig nur die allmähliche Entwicklung der